

Begrüßung und Gedenkrede

Muhterem Aras MdL
Landtagspräsidentin



I. »Nach Auschwitz kam das große Schweigen.«

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

ich begrüße

- für die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs Frau Vorstandssprecherin Barbara Traub sowie die Vorstandsmitglieder Herrn Kashi und Frau Jakubowski, ebenso Herrn Landesrabbiner Wurmser,
- für die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden Herrn Vorsitzenden Suliman,
- für den Landesverband der Sinti und Roma Herrn Vorsitzenden Daniel Strauss,
- für die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas Herrn Wolfram Slupina und
- für die Gruppe der wegen ihrer sexuellen Orientierung Verfolgten Herrn Joachim Weiss.

Ich begrüße auch den Bund der Jenischen in Deutschland.

Als Gastredner des heutigen Tages zum Thema politischer Widerstand und Verfolgung begrüße ich Herrn Professor Ulrich Herbert von der Universität Freiburg,

ebenso

Frau Ilse Kestin vom Verein der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die ein Grußwort sprechen wird, und auch die Mitorganisatoren der Veranstaltung Frau Janka Kluge und Herrn Lothar Letsche.

Ich begrüße sehr herzlich
Frau Finanzministerin Edith Sitzmann, für die Landesregierung,

stellvertretend für die Mitglieder des Landtags
Herrn Vizepräsidenten Klenk und Herrn Präsidenten Eberhard Stilz für
den Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg.

Ein herzlicher Gruß geht an die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen
des Landtags, stellvertretend an den ehemaligen Landtagspräsidenten
Peter Straub.

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter des Konsularischen Korps,
stellvertretend den israelischen Generalkonsul Herrn Dr. Shaham sowie
den Doyen des Konsularischen Korps und kroatischen Generalkonsul in
Baden-Württemberg Herrn Novokmet.

Ich begrüße die Vorsitzenden der Landesparteien,
namentlich Frau Dr. Detzer von den Grünen,
Frau Breymaier von der SPD und
Herrn Werner von den Freien Wählern.

Ich heiße die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirchen
sowie der armenischen Gemeinde Baden-Württembergs herzlich
willkommen.

Ebenso heiße ich die Vertreter der Regierungspräsidien sowie der
kommunalen Landesverbände herzlich willkommen.

Auf der Tribüne heiße ich alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen
herzlich willkommen, die direkt vor dem Plenarsaal in der Lobby eine
beeindruckende Ausstellung zum politischen Widerstand in Baden-
Württemberg auf die Beine gestellt haben.

Last, but not least begrüße ich besonders herzlich die vielen jungen
Menschen hier im Saal,

namentlich
die Teilnehmer am integrativen Jugendprojekt des Dokumentationszent-
rums Oberer Kuhberg in Ulm mit ihren Betreuenden,

die Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule am Kräherwald
in Stuttgart,

die Schülerinnen und Schüler des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums
(Ebelu) in Stuttgart

und natürlich Frau Esther Hermann und Herrn Benjamin Pas (ebenfalls
vom Ebelu), die uns musikalisch eingestimmt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste der zentralen
Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

»Nach unserer Befreiung dachten meine Schwester und ich, dass sich
jetzt die Welt verändern würde. Aber in den folgenden Jahren stellte uns
kaum jemand Fragen, niemand wollte etwas wissen. Nach Auschwitz
kam das große Schweigen«.

Sehr geehrte Damen und Herren,

»Nach Auschwitz kam das große Schweigen«, so erlebte die inzwischen
über 90-jährige Überlebende des Holocaust, Anita Lasker-Wallfisch, die
Zeit nach ihrer Befreiung.

In einem der berührenden Interviews, die DER SPIEGEL 70 Jahre nach
der Befreiung von Auschwitz mit 19 Überlebenden geführt hat, ist ihre
Geschichte nachzulesen.

Sie ist mir sehr nahegegangen.

Lange haben Gesellschaft und Politik in der jungen Bundesrepublik geschwiegen, verdrängt und zum Teil auch verleugnet, was in den 12 Jahren, in denen das barbarische System des Nationalsozialismus regierte, geschehen ist.

Der Toten wurde viel zu wenig gedacht.

Die Überlebenden wurden mit ihrem Leid, ihrer Trauer und ihrem Schmerz oft alleingelassen.

Dieser Schmerz ist auch heute noch unermesslich. Mit diesem Schmerz müssen auch die nachwachsenden Generationen leben.

Es ist eine beschämende Tatsache:

Die Deutschen wollten in ihrer Mehrheit nicht mit der jeweils individuellen, emotionalen Beteiligung am Nationalsozialismus und seinen Folgen konfrontiert werden.

Erst Ende der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, nachdem die meisten sichtbaren Folgen des Zweiten Weltkrieges aufgeräumt und der Aufbau des Landes – das Wirtschaftswunder – in vollem Gange war, begann man zaghaft und zögerlich hier und da den Blick darauf zu richten.

In ihrem 1967 erschienenen Essay »Die Unfähigkeit zu trauern« sprechen Alexander und Margarete Mitscherlich von einer »auffallenden Gefühlsstarre« der Deutschen, »die sich in unserem gesamten politischen und sozialen Organismus bemerkbar macht.«

Das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar – symbolisch für die Befreiung aller nationalsozialistischen Konzentrationslager – wurde erst 51 Jahre nach Ende des Krieges proklamiert.

Es war Roman Herzog, der damalige Bundespräsident, der diesen so wichtigen Schritt für die deutsche Erinnerungskultur und das

Geschichtsverständnis getan hat. Dies ist eines der größten Verdienste seiner Amtszeit.

Dieser Gedenktag wird bleiben und für immer an seinen Mentor Roman Herzog erinnern, der am 10. Januar dieses Jahres verstorben ist und heute in Jagsthausen beerdigt wird.

Wir dürfen nicht nachlassen, den Tag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Würde und Respekt zu begehen.

Denn:

Mit der Proklamation des 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus kann sich das wiedervereinigte Deutschland seit 1996 jährlich in Würde erinnern.

Wir verneigen uns vor den Opfern, ihren Hinterbliebenen und Nachfahren.

Es ist der Tag, an dem wir unsere historische Verantwortung immer wieder reflektieren müssen.

Roman Herzog sagte dazu in seiner Ansprache während der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 1999:

»Ohne gründliches Wissen um seine Geschichte kann auf Dauer kein Volk bestehen.«

Und an anderer Stelle wird er noch eindringlicher:

»Für mich ist jeder Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, letztlich nur eine Form intellektueller Feigheit.«

Ich sage: Wir Deutschen – egal, welcher Generation wir angehören oder woher wir kommen und ob wir später zu Deutschen geworden sind – haben uns dieser Geschichte zu stellen. Um der Zukunft unseres Landes und auch um der Zukunft Europas gerecht zu werden.

II. »Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.«

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen Worten hat Richard von Weizsäcker in seiner großartigen Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1985 uns Deutschen ins Stammbuch geschrieben, was unsere Aufgabe ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kleinen persönlichen Exkurs machen:

Als ich mit meiner Familie 1978 aus Ostanatolien nach Deutschland kam, kam ich in ein Land, das mir verheißungsvoll erschien: Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche Sicherheit, Gerechtigkeit und Bildung. Ich war damals 12 Jahre alt und wusste nichts von der Vergangenheit in diesem Land, nichts von seiner Gegenwart.

In den ersten Jahren dachte ich, wir gehen irgendwann wieder zurück in die Türkei. Deshalb engagierte ich mich zunächst in türkischen Vereinen und demonstrierte in Deutschland gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Erst durch die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und Migranten in Solingen, Rostock und Hoyerswerda Anfang der 90er Jahre habe ich gespürt, dass Deutschland, die deutsche Geschichte auch ein Teil von mir geworden ist, dass ich dazugehöre. Ich habe keine Vorfahren, die den Nationalsozialismus erlebt oder mitgestaltet haben oder als Mitläuferinnen und Mitläufer auch Schuld in sich tragen.

Ich habe keine Vorfahren, die im Widerstand gewesen sein könnten oder versucht haben, wenigstens im engeren Umfeld Menschen zu

schützen und dabei ihr eigenes Leben, ihre eigene Existenz aufs Spiel gesetzt haben. Und ich habe keine Vorfahren, die aus anderen Gründen Opfer des Nationalsozialismus waren.

Aber: Dieses Land hat meine Familie gut aufgenommen.

Wir haben von Anfang an viele Menschen getroffen, die uns freundlich gesonnen waren, die uns geholfen haben, anzukommen. Dabei war der Begriff »Integration« noch ein weithin unbekanntes Fremdwort.

Ich bin deutsche Staatsbürgerin, weil dieses Land meine Heimat geworden ist. Und ich trage damit die gleiche Verantwortung wie alle anderen Deutschen auch.

Diese Verantwortung empfinde ich nicht als Last, sondern als Verpflichtung.

Die jüngste Vergangenheit ist auch meine. Ich verstehe sie als Auftrag, die Zukunft zu gestalten, Verantwortung zu übernehmen.

III. Überwinden, aber nicht vergessen.

Die Geschichte des Nationalsozialismus und seines Aufstieges nach dem Ersten Weltkrieg während der Weimarer Republik zu vermitteln, gehört zum Bildungskanon in unserem Land. Und wir dürfen nicht nachlassen, dies wachzuhalten.

Aber es ist nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Es müssen neu Bezüge hergestellt werden. Die Geschichte des Nationalsozialismus sollte deshalb nicht mehr isoliert gelehrt und vermittelt werden. Dazu gehört für mich auch, den jungen Migrantinnen und Migranten in unseren Schulen nahezubringen:

Die deutsche Geschichte ist auch eure. Ihr könnt euch nicht davonstellen, denn dieses Land ist auch euer Land, in dem ihr euch eure Zukunft

aufbaut. Dieses Land hat sich gewandelt mit unserer Zuwanderung und soll sich positiv weiterentwickeln mit euch.

Und dazu gehört das Wissen um seine Geschichte.

Ein Beispiel möchte ich nennen für die Notwendigkeit vom Wissen über unsere Geschichte.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden Tausende Menschen politisch verfolgt und ermordet, weil sie eines für sich in Anspruch nahmen:

die Meinungsfreiheit.

Um nur einige Namen aus Württemberg und Baden zu nennen:

Eugen Bolz, der Württembergische Staatspräsident und Mitglied der Zentrumspartei, musste sein Leben lassen, weil er ein anderes Ziel verfolgte.

Sophie Scholl. Wer könnte sie und ihren Mut, sich gegen das System zu stellen, vergessen? Auch sie: ermordet.

Georg Elser, der Kunstschreiner von der Schwäbischen Alb. Er wollte den Krieg verhindern und sah keine andere Möglichkeit als ein Attentat. Dafür musste er sterben.

Oder die Kommunistin Liselotte Herrmann. Auch sie wurde ermordet.

Nicht zu vergessen der SPD-Politiker Kurt Schumacher, verfolgt und verhaftet. Er hat überlebt.

Gnadenlos haben die Nationalsozialisten abweichende Meinungen und andere politische Vorstellungen verfolgt und grausam bestraft.

Vor all diesen vielen tausend Menschen, den bekannten und den namenlosen,

- die sich nicht in die lange Reihe der Mitläuferinnen und Mitläufer eingereiht haben,

- die sich der Gefahren sehr wohl bewusst waren und dennoch mit dem Einsatz ihres Lebens versucht haben, politische Wege aus dem Unrechtsstaat aufzuzeigen und zu gehen,

- vor all diesen Menschen verneige ich mich, verneigt sich der Landtag in Dankbarkeit und Demut.

Sie sind Vorbild und Mahnung für mich und die Stärke der Demokratie, die wir unter keinen Umständen preisgeben dürfen.

Nur aus der Geschichte können wir verstehen, welches hohe Gut, welcher entscheidende Wert die Meinungsfreiheit darstellt, die uns heute so selbstverständlich erscheint.

Auf dem Boden des Grundgesetzes haben Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft diese Republik über die Jahrzehnte vielfältig, lebenswert und konkurrenzfähig gemacht.

Und dabei haben wir unsere Werte wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung gestärkt und wie nebenbei eine Einwanderungsgesellschaft geschaffen, die diesen Namen verdient.

Aber seit etwa zwei Jahren greift ein Rechtspopulismus um sich, der Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf demokratische Institutionen und Verantwortungsträger unseres Landes befeuert. Wir können und dürfen das nicht kleinreden, sondern wir müssen dem entschieden begegnen.

Dabei sage ich mit aller Deutlichkeit:

Die große Mehrheit unserer Gesellschaft betreibt keine »dämliche Bewältigungskultur«.

Die große Mehrheit hat sich eine lebendige Erinnerungskultur geschaffen, die aus guten Gründen nicht für parteipolitische Zwecke missbraucht wird.

Die große Mehrheit hat sich kein »Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt ...«.

Die große Mehrheit sieht das Berliner Holocaust-Mahnmal als eigene Verpflichtung und als eine tiefe Verbeugung vor den Opfern.

Der Schulterschluss der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft lässt sich nicht auseinanderdividieren.

Denn wir wissen um unsere Verantwortung.

IV. Niemand soll mehr sagen können: Wir haben es nicht gewusst.

Gleichzeitig müssen wir uns dem Problem stellen:
Wie erreichen wir die »Unerreichbaren« wieder? Unerreichbare, deren Gebaren an das erinnert, was wir in unserer pluralistischen Gesellschaft längst überwunden geglaubt haben.

Anders als viele Kommentatoren sage ich:
Es sind nicht mehrheitlich die die Bildungsfernen, Vergessenen, Zurück- oder gar von der Politik und Gesellschaft Alleingelassenen, die sich dieser Bewegung anschließen und sie stark machen.
Es sind, behaupte ich, auch – weniger sichtbar – viele gebildete oder zumindest wissende Bürgerinnen und Bürger dabei.

Das ist das Gefährliche an diesem Prozess, dem wir uns als Gesellschaft derzeit ausgesetzt sehen.

Ich sehe es als eine persönliche Herausforderung, diesen Prozess nicht geschehen zu lassen, sondern ihn aufzuhalten.

Ich sehe es als persönliche Aufgabe an, die Menschen wieder zurückzuholen auf den Boden unserer freiheitlich liberalen Grundordnung.

Das deutsche Grundgesetz, entstanden aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus, ist es wert, wieder stärker in unseren Blick zu kommen.

Denn dort sind die Werte festgeschrieben, die uns Halt und Sicherheit geben.

Auch deswegen ist es so wichtig, einem wiedererstarkenden Volksbegriff entgegenzutreten, der dem, was wir über die letzten Jahrzehnte aufgebaut haben, Hohn spricht:

Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Homosexuelle, verschiedene Religionen, unterschiedliche politische Präferenzen, Überzeugungen und Lebenshaltungen werden abgelehnt.

Dieser starke und über viele Jahrzehnte erarbeitete gesellschaftliche Grundkonsens wird durch einen Volksbegriff konterkariert, der antipluralistisch, zerstörerisch und vor allem rassistisch ist.

Es ist ein Begriff, der einen Alleinvertretungsanspruch für ein Volk geltend macht, das es so nirgendwo und schon gar nicht in Deutschland gibt. Was es aber inzwischen überall gibt, sind ähnliche oder sogar gleiche Bewegungen, die die öffentliche Diskussion zu dominieren trachten. Wir müssen uns mit Blick auf unsere Vergangenheit und auf die Gräueltaten, die wir zu verantworten haben, viel mehr als bisher und ganz entschieden mit dem Anwachsen antidemokratischer, vereinfachender Tendenzen auseinandersetzen.

Die wesentliche Frage lautet dabei: In welcher Welt wollen wir leben?

In einer, in der die einfachen und oft herabsetzenden Antworten genügen?

In einer Welt, in der andersgläubige, andersaussehende, andersdenkende und anderslebende Menschen ausgegrenzt und diskriminiert werden?

In einer Welt, in der ausgelöscht wird, was nicht gefällt?

Oder in einer Welt, in der wir einander in unserer Vielfalt mit Respekt und Würde begegnen und demokratische Verfahrensweisen unsere Leitlinie darstellen?

Das barbarische System des Nationalsozialismus hat uns gezeigt, wie es nicht gehen kann und darf.

Es war der Hass, der alle Handlungen geleitet hat.
Und es ist auch heute wieder die Ideologie des offen gelebten Hasses, die so viele verblendet.

Ich bin deutsche Staatsbürgerin geworden, nicht etwa, weil ich die »Rosinen« des Wohlstandes so lecker fand.

Ich bin deutsche Staatsbürgerin geworden auch in dem Verständnis, dass ich damit Teil der jüngeren Vergangenheit werde und dass diese Vergangenheit damit auch Teil meiner Identität sein wird.

Meine Botschaft dabei ist:

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist ständige Aufgabe der Politik und Zivilgesellschaft.

Eine solche Auseinandersetzung betrachte ich auch als Chance.

Diese Chance wahrzunehmen ist notwendige Zukunftsgestaltung.

V. Ich bitte Sie, sich zu erheben:

Heute gedenken wir

- insbesondere der über 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern grausam ermordet wurden, der Überlebenden und der trauernden Angehörigen.

Wir gedenken

- der ermordeten Sinti und Roma,
- all derer, die wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugung ermordet wurden,
- der ermordeten Homosexuellen und Menschen mit Behinderungen und
- wir vergessen nicht diejenigen, die im Widerstand Übermenschliches geleistet haben und dafür sterben mussten.

Ich danke Ihnen.